

Im erinnerungspolitischen Sog

Maren Röger

Abstract:

Mit einer Methode, die als argumentations- und konfliktgeschichtliches Vorgehen bezeichnet wird, untersucht Christian Lotz in seiner geschichtswissenschaftlichen Dissertation die Deutungskämpfe um die Vertreibung und die Ostgebiete. Lotz fokussiert dabei das Agieren unterschiedlichster Erinnerungsakteure - von der Landsmannschaft Schlesien bis zum Ministerium für Staatssicherheit - in den ersten Nachkriegsjahrzehnten, von 1948-1972, die er in drei erinnerungspolitische Phasen einteilt.

How to cite:

Röger, Maren: „Im erinnerungspolitischen Sog [Review on: Lotz, Christian: Die Deutung des Verlusts. Erinnerungspolitische Kontroversen im geteilten Deutschland um Flucht, Vertreibung und die Ostgebiete. Köln, Weimar: Böhlau, 2007.]“. In: KULT_online 17 (2008).

DOI: <https://doi.org/10.22029/ko.2008.411>

© beim Autor und bei KULT_online

Im erinnerungspolitischen Sog

Maren Röger

Lotz, Christian: Die Deutung des Verlusts. Erinnerungspolitische Kontroversen im geteilten Deutschland um Flucht, Vertreibung und die Ostgebiete (1948-1972). Köln/Weimar/Wien: Böhlau, 2007. 327 S., kartoniert, 37,90 Euro. ISBN: 978-3-412-15806-4

Kaum ein Tag verging in den letzten Jahren, an dem das historische Ereignis Flucht und Vertreibung der Deutschen in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit nicht aufgegriffen wurde. Im Anschluss an Günter Grass Roman *Im Krebsgang* (2002) gewann dabei die These, dass das Thema tabuisiert worden sei, an Einfluss. Auch der Bund der Vertriebenen bedient sich dieses Arguments, um sein Projekt einer Erinnerungsstätte an die deutschen Vertriebenen durchzusetzen.

Christian Lotz weist die heutige Rede von der Tabuisierung als zu pauschalisierend zurück und stellt sich in seiner 2007 erschienenen Dissertation der Frage, "welche Deutung der Geschichte der Ereignisse, d.h. von Flucht, Vertreibung und Aussiedlung, sowie der Geschichte der Ostgebiete zu welcher Zeit eine Deutungshoheit in Ost- und/oder Westdeutschland behaupten konnte" (S. 21). Lotz möchte mit seiner Studie über die Kontroversen um die Vertreibung und die Ostgebiete in den ersten Nachkriegsjahrzehnten, zwischen 1948 und 1972, dann "auch zu einer Versachlichung der laufenden Diskussionen beitragen" (S. X).

Der Frage nach den erinnerungspolitischen Kontroversen nähert sich Lotz über die Untersuchung diverser einflussreicher und höchst unterschiedlicher Organisationen in West- und Ostdeutschland und analysiert, mit welchem Erfolg diese ihre spezifischen Deutungen in die öffentliche Debatte einbringen konnten. Das Spektrum reicht dabei von der Landsmannschaft Schlesien (LS) und der Helmut-von-Gerlach-Gesellschaft (HvGG) (inklusive der Partner- und Nachfolgeorganisationen) über die Evangelische Kirche von Schlesien bis zu staatlichen und staatsparteilichen Organisationen der Erinnerungspolitik im geteilten Deutschland, darunter das Bundesvertriebenenministerium und das Ministerium für Staatssicherheit. An dieser Auswahl wird ersichtlich, dass der Autor nicht nur unterschiedliche Geschichtspolitiken in Ost- und Westdeutschland untersuchen möchte, sondern auch etwas zur Beziehungsgeschichte beizutragen hofft.

Der Hauptteil der Arbeit ist chronologisch in die drei von Lotz ermittelten Debattenphasen - von 1948 bis 1956/57, von 1956 bis Mitte der sechziger Jahre und von Mitte der sechziger Jahre bis 1972 - untergliedert. Dabei sei die erste Zäsur eine scharfe, da sich gerade um die Jahre 1956/57 viele Veränderungen der Debatten ausmachen ließen, während die zweite eher als fließender Übergang zu verstehen ist (S. 263). Im ersten Nachkriegsjahrzehnt beobachtet

Lotz in Ost und West eine breite Auseinandersetzung, die sich im Kern um die Ostgrenze drehte. Schärfste Kontrahenten waren die LS mit nationalistischen Deutungen und die HvGG und SED mit Klassenkampf-Lesarten. Vertrat die LS bis zum Jahre 1956 mit der Ablehnung der Ostgrenze und der Deutung der Vertreibung als Unrecht noch einen breiten Konsens, geriet die Organisation in den nächsten Phasen immer stärker ins gesellschaftliche Abseits. Lotz zeigt eindrücklich, wie die zunehmende Politisierung der Erinnerungen durch die beteiligten Akteure zu einer Art "Kurzschluß" (S. 265, Hervorhebung im Original) führte: Die LS stellte jeden, der für die Anerkennung der Ostgrenze warb, als Kommunisten dar; die Gegenseite - vor allem die SED mit ihren Unter- und Partnerorganisationen - jeden als Revisionisten, der Erinnerungen an die deutsche Geschichte jenseits von Oder und Neiße pflegte. Weite Teile der Bevölkerung mischten sich mit zunehmendem zeitlichem Abstand zum Kriegsende immer weniger in dieses politisierte Feld ein und so blieben in erster Linie politisierende Akteure übrig, die dieses Thema der Erinnerungskultur ,bearbeiteten?.

Vor dem chronologisch gegliederten empirischen Teil setzt sich Lotz in einem ausführlichen einleitenden Kapitel mit Begrifflichkeiten und dem Forschungsstand auseinander und legt die Methoden und Quellen dar. Dabei erfolgt der Einstieg in medias res: Der Autor beginnt direkt mit der Begriffsdebatte - ein inzwischen häufig anzutreffendes Vorgehen bei Studien über die Vertreibung, die mit besonderer Politisierung und Ideologisierung der Termini zu kämpfen haben. Der referierte Forschungsstand bietet einen soliden Überblick über die deutsche und polnische Literaturlage. Darüber hinaus benennt Lotz Forschungsdesiderate und verortet anschließend seine Arbeit knapp, aber gekonnt im engeren und weiteren Forschungskontext von erinnerungskulturellen Studien zur Vertreibung und von deutsch-deutscher Beziehungsgeschichte. Besonders hervorzuheben ist dabei die stete Reflexion des eigenen Vorgehens. So legt Lotz offen, auf welcher inhaltlichen Grundlage er die untersuchten Institutionen auswählt und den Zeitrahmen setzt, verschweigt aber auch forschungsökonomische Gründe dieser Wahl nicht.

Die Darlegung seiner Methode und zugrundeliegender Theorien fällt hingegen kurz aus. Obwohl die Erinnerungspolitik prominent im Titel der Dissertation steht, verweist der Autor in seinem Begriffskapitel lediglich in aller Kürze auf die theoretischen Debatten. Und auch bezüglich der Methode scheint es, als wolle er nicht in Flügelskämpfe verwickelt werden: So arbeitet Lotz meines Erachtens diskursanalytisch, in dem er Argumentationszusammenhänge aufdeckt und das Bemühen und Durchsetzen von Diskurshoheiten aufzeigt. Der Autor erfindet - wohl nicht zuletzt, um die hitzigen Debatten in der Geschichtswissenschaft um die Diskursanalyse zu umgehen - sich eine "[...] Methode, die hier als argumentations- und konfliktgeschichtliches Herangehen bezeichnet werden soll" (S. 26). Auf der einen Seite vergibt Lotz damit die theoretisch-konzeptionelle Chance durch seinen organisationsgeschichtlichen Ansatz Akteure in die Diskursanalyse rückzubinden, auf der anderen Seite ermöglicht es die Entwicklung eines eigenen Vokabulars fernab der dort üblichen Termini. Und hier kommt Lotz zu sehr produktiven Ergebnissen, wenn er beispielsweise von einem "erinnerungspolitische[n] Sog" (S. 206, Hervorhebung im Original) oder einem "Kurzschluß" (S. 265, Hervorhebung im Original) spricht, um die Tatsache zu benennen, dass aufgrund der zunehmend politisierten

Erinnerungen nach und nach die meisten Wortmeldungen zu Flucht, Vertreibung und den Ostgebieten in eine Politisierungsspirale gerieten.

Hinsichtlich des Buchaufbaus ist noch positiv hervorzuheben, dass die Studie durch Zusammenfassungen in polnischer und englischer Sprache abgeschlossen wird.

Lotz hat mit seiner Dissertation eine Studie vorgelegt, die grundlegend für alle ist, die sich mit der Erinnerungskultur an Flucht und Vertreibung der Deutschen befassen. Stets transparent und plausibel argumentierend, seziert die Studie die Deutungskämpfe der ersten Nachkriegsjahrzehnte. Damit legt Lotz auch die Präfigurationen der aktuellen Debatte frei. In diesem Sinne ist zu hoffen, dass die Studie über den engen Kreis der Wissenschaft hinaus rezipiert wird und somit den geäußerten Anspruch, zur Versachlichung der Debatten beizutragen, einlösen kann. Die Arbeit ist flüssig und eloquent geschrieben, und durch die konstanten Zwischenresümees kann der Autor den Zerfall der Argumentation in organisationsgeschichtliche Teile, der im Aufbau des Hauptteils angelegt ist, verhindern. Neben den höchst aufschlussreichen empirischen Befunden über das Agieren der einzelnen Organisationen bzw. Institutionen bietet die Studie en passant pointierte Überlegungen zum Verlauf öffentlicher Deutungskämpfe, die durchaus etwas mutiger hätten vertreten werden können.